

Christoph Heuser

Offensiv für eine Bildungsreform gegen den politischen Trend¹

Zur bildungspolitischen Verortung des 28. Gesamtschulkongresses

Anfang Februar hat es bei den Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen überragende Siege der CDU, desaströse Niederlagen der SPD gegeben. Während die Hessen seit vier Jahren wissen, was eine Regierung Koch bedeutet - was allerdings nicht vor unangenehmen Überraschungen (?) schützt -, müssen die Niedersachsen jetzt Schritt für Schritt realisieren, was eine CDU/FDP-Regierung bedeutet. Offensichtlich will die zukünftige Regierung diesen Prozess möglichst abkürzen und plant den Frontalangriff auf die Gesamtschulen als selbstständige Schulform. Zieht man eine Bilanz der aktuellen Bildungspolitik der einzelnen Länder, so unterstreicht diese aktuelle Entwicklung, dass die A-Länder - vorsichtig formuliert - so gut wie nichts tun, um ihre Gesamtschulen weiterzuentwickeln und ein integratives Schulkonzept zu fördern (zwischen „gutwillig, aber nicht mutig“ und „gutmütig, aber nicht willig“). Dagegen tun die B-Länder eine Menge, um den Gesamtschulen das Leben schwer zu machen und sie an erfolgreicher Arbeit zu hindern („mutwillig, auch nicht gut“). Anders ausgedrückt: Während für die einen Gesamtschulen eine leicht zu vergessende Schulform unter vielen ist, sind sie für die anderen eine aktiv zu vernachlässigende, letztlich zu benachteiligende Schulform.

Diese Entwicklung spricht all dem Hohn, was - nicht erst - seit den vor jetzt 15 Monaten veröffentlichten PISA-Ergebnissen über erfolgreich arbeitende integrative Schulsysteme berichtet und in der Folge für die weitere Schulentwicklung in Deutschland thematisiert wird. Mehr noch: In immer schon gewünschter, jetzt aber, wo es Realität ist, überraschender bis überwältigender Vielzahl und Eindeutigkeit wird ausgesprochen, dass Deutschland ein integratives Schulsystem mit einer veränderten Oberstufe/Sekundarstufe II braucht, die differenzierte Zugangswege zu den Hochschulen bereithält.

Die Begründungen dafür sind vielfältig und reichen von wirtschaftlichen über gesellschaftspolitische zu pädagogischen Überlegungen. Besonders positiv überrascht dabei nicht nur, wie wirtschaftliche Interessengruppen die verschiedenen Ebenen konstruktiv miteinander verbinden: Die Differenziertheit, mit der nicht nur, aber insbesondere der Baden-Württembergische Handwerkstag - auf der Berliner GEW-Tagung „Qualität im Bildungswesen“ bestärkt durch den Vertreter des Zentralverbandes - Bedeutung und Wirkungen des Lernens in heterogenen Lerngruppen herausstellt und analysiert, ist das Neue an der aktuellen bildungspolitischen Debatte. Es liegt lange, sehr lange zurück, dass Bildungsjournalisten so eindeutig einem Gesamtschulsystem in neuem Gewande das Wort reden. Es scheint, als habe der Blick auf andere erfolgreiche Länder neue Zugänge ermöglicht.

Die Kehrseite dieser positiven Entwicklung ist, dass in ebenfalls ungewohntem, für viele aber nicht überraschendem Maße diese Debatte an der Bildungspolitik der Bundesländer und damit letztlich auch an der der Parteien vorbeizugehen scheint. Dass die KMK unmittelbar nach Veröffentlichung der internationalen PISA-Ergebnisse die Struktur- bzw. Systemfrage zum Tabu erklärte, steckt für alle verbindlich den Rahmen ab. Ute Schäfer, die neue nordrhein-westfälische Ministerin für Schule, Jugend und Kinder, brachte dies zuletzt auf ihre Weise zum Ausdruck: „Es wäre eine Verengung, wenn wir als Konsequenz aus Pisa unseren Blick jetzt nur auf die Schulstruktur richten würden.“ (FR vom 16.01.2003) Abgesehen davon, dass unter diesem Verdacht wirklich niemand steht, auf keinen Fall die regierenden Bildungspolitiker: Anders herum macht es Sinn! Die systematische Einbeziehung der Schulstrukturfrage in alle bildungspolitischen Überlegungen erweitert den Horizont und befähigt zu dem, was überall gefordert wird: eine systemisch durchdachte - und zu Ende gedachte - Bildungsreform. Darunter ist sie nicht zu machen.

Der Kölner Gesamtschulkongress wird sich mit der aktuellen bildungspolitischen Entwicklung auseinandersetzen und für verschiedene Praxisfelder aufzeigen, dass eine Schule für alle Kinder, in der diese voneinander und miteinander ohne Diskriminierung lernen können, nicht Utopie bleiben muss: Sie ist zumindest in Teilen an vielen Orten bereits Realität. Der Kongress will dazu beitragen, dass es mehr werden.

¹ Dafür, dass der Titel des entsprechenden Beitrags zur Kongressbeilage 2001 auch für den diesjährigen Gesamtschulkongress wieder zutrifft, bin ich nicht verantwortlich! Denn merke:
„Nach PISA ist vor PISA.“ oder „Die nächste Wahl ist immer die schlimmste.“